

AiR Aktiv im **Ruhestand**

5

Magazin für Seniorinnen und Senioren im dbb
Mai 2024 – 75. Jahrgang

Engagement für
die eigene Wohngegend

Die Nachbarschaft

Seite 7 <

„Ich geh' hin!“
dbb Kampagne
zur Europawahl

Seite 14 <

Arzneimittel
Ebbe in den
Apotheken

mit
dbb Seiten

Die Nachbarschaft ...

... rückt enger zusammen und Anwohner werden zu echten Nachbarn, wenn sich nicht nur jeder für sich über die vermüllte Umgebung ärgert, sondern viele gemeinsam die Initiative ergreifen. Lesen Sie im neuen „Aktiv im Ruhestand“ eine Geschichte darüber, wie regelmäßige Grünflächenpflege, ein Parkverbot und ein wiedergewonnener Platzname zu Sommerfesten und einem neuen Wir-Gefühl führen.

Lebendige Demokratie braucht Demokraten: Die dbb bundesseniorenvertretung erinnert an den 75. Jahrestag des Grundgesetzes und daran, dass es bei der Europawahl im Juni auch um Senioren-Belange geht.

Warum es in den letzten vergangenen Jahren in Apotheken immer wieder zu Medikamentenengpässen kommt, und was in eine gut ausgestattete Hausapotheke gehört, erfahren Sie in unserem zweiten Heftschwerpunkt. Über normale und paranormale Aktivitäten im Wald nahe dem brandenburgischen Beelitz und über weitere interessante Themen lesen Sie im neuen AiR. **ada**

Impressum:

AiR – Aktiv im Ruhestand. Magazin des dbb für Ruhestandsbeamte, Rentner und Hinterbliebene. Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5599. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** airmagazin@dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Anke Adamik (ada). **Redaktion:** Carl-Walter Bauer (cwb), Jan Brenner (br), Oliver Krzywaneck (krz), Dr. Walter Schmitz (sm). **Redaktionsschluss:** 10. jeden Monats. Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. „AiR – Aktiv im Ruhestand“ erscheint zehnmal im Jahr. **Titelbild:** Model Foto: Colourbox.de. **Einsendungen zur Veröffentlichung:** Manuskripte und Leserzuschriften müssen an die Redaktion geschickt werden mit dem Hinweis auf Veröffentlichung, andernfalls können die Beiträge nicht veröffentlicht werden.

Bezugsbedingungen: Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 54,10 Euro zzgl. 8,60 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 5,70 Euro zzgl. 1,85 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. Für Mitglieder der BRH-Landesorganisationen ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Adressänderungen und Kündigungen bitte in Textform an den DBB Verlag. Abbonnementskündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr.

Layout: FDS, Geldern. **Gestaltung:** Daniel Terlinden. **Verlag:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Anzeigenverkauf: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 65 (dbb magazin) und Aktiv im Ruhestand Preisliste 53, gültig ab 1.1.2024.

Druckauflage: dbb magazin 552 561 Exemplare (IVW 1/2024). Druckauflage AiR – Aktiv im Ruhestand 15 000 Exemplare (IVW 1/2024). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. ISSN 1438-4841



> Schwerpunkt: Nachbarschaft



7

Aktuell

- > Politikergespräch: Mobilität ist ein Grundbedürfnis 4
- > 75 Jahre Grundgesetz: Sachwalter des demokratischen Rechtsstaates 5
- > Digitale Teilhabe: Brücke in die digitale Welt 6

Kompakt

- > Europawahl: Ich geh' hin! 6
- > Europäische Union: Was Sie über die Europawahl 2024 wissen müssen 7

Aus den Ländern

- > Widerstand gegen den Nationalsozialismus: Gemeinsam die Demokratie schützen 8
- > BRH Nordrhein-Westfalen: „Besondere und seltene Auszeichnung“ 8
- > BRH Nordrhein-Westfalen: Pro Monat 100 Bürgeranfragen 9

Standpunkt

- > Grundrecht auf Streik: Wirksamer Arbeitskampf schützt Grundrecht 10

Blickpunkt

- > Stiefkind Hausapotheke: Unnötiger Leichtsinn 12

Brennpunkt

- > Medikamentenmangel: Wie abhängig sind wir? 14

Vorgestellt

- > Altes Handwerk: Die Eigenbrötlerin 16

Titelthema

- > Nachbarschaft: Ein Garten für die Gartenstadt 18

Reise

- > Baum und Zeit Beelitz-Heilstätten: Natur und Geschichte hautnah 20

Nach-Lese

Buchtip

Gewinnspiel

dbb

- > Standpunkt – Ulrich Silberbach, Bundesvorsitzender des dbb 25
- > Beamte – Beihilfegewährung für Bundesbeamte: Änderungen und Verbesserungen 27
- > Frauen – 18. Frauenpolitische Fachtagung: Sorgearbeit ist Leistung für die ganze Gesellschaft 29
- > Dossier – Energiewende: Zwischen Ambitionen und Machbarkeit 32
- > Daseinsvorsorge: Im Netz der kommunalen Stromversorgung 35
- > Nachrichten – Europäischer Polizeikongress: Schutz vor Gewalt geht alle an 39
- > Dossier – Schieneninfrastruktur: Wie ein milliardenschwerer Investitionsstau die Verkehrswende bedroht 40
- > Dossier – Drei Fragen an Kay Scheller, Präsident des Bundesrechnungshofes 44
- > Interview – Robert Habeck, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz 46



10



14



18



20



29



32



Politikergespräch

Mobilität ist ein Grundbedürfnis

„Nur wer beweglich ist, kann am Leben teilhaben“, sagte dbb Bundessenorenchef Horst Günther Klitzing im Gespräch mit dem Abgeordneten Thomas Bareiß.

Öffentliche Verkehrsmittel müssen zuverlässig, sicher, barrierefrei und ihre Nutzung bezahlbar sein. Für strukturschwache Gebiete und den ländlichen Raum müssten praktikable Lösungen gefunden werden. Ein Abhängen ganzer Bevölkerungsgruppen sei unverantwortlich, in diesen Punkten waren sich Klitzing, der Vorsitzende der dbb bundessenorenvertretung, und der Bundestagsabgeordnete Thomas Bareiß (CDU/CSU), der auch Obmann im Verkehrsausschuss ist, bei ihrem Treffen am 8. April 2024 einig.

Der dbb Seniorenchef brachte zum Ausdruck, dass nicht nur der Zugang zu den öffentlichen Verkehrsmitteln, sondern auch der Kauf von Tickets und alle Informationen barrierefrei zugänglich sein müssen. Neben der notwendigen Digitalisierung bedeute dies auch, dass es vor Ort weiterhin Ansprechpartner, Verkauf- und Informationsschalter sowie Tickets geben müsse.

Nach seiner Einstellung zum Thema Fahrtauglichkeitsprüfungen für Senio-

ren befragt, betonte Bareiß, dass er nichts von derartigen Prüfungen halte. Bürgern würde so ganz grundsätzlich Misstrauen entgegengebracht werden. Er selbst setze auf den mündigen und verantwortungsbewussten Bürger. Studien hätten gezeigt, dass die Erfahrung älterer Fahrer und Fahrerinnen Defizite aufwiege, diese ohnehin vorsichtiger fahren und Personen, die nicht mehr fahrtauglich seien, ihr Fahrzeug verantwortungsbewusst auch nicht mehr nutzen. Weitere Ar-

gumente gegen derartige Prüfungen wären ein kaum zu stemmender Verwaltungsaufwand und eine für den Bürger nicht tragbare Kostenlast.

Bareiß vertraut fest darauf, dass „nicht in unmittelbarer, aber absehbarer Zukunft autonome Fahrsysteme Abhilfe schaffen können. Deutschland ist hier in der Forschung gut aufgestellt.“

Zu dem betonte Seniorenchef Klitzing ausdrücklich, dass Mobilität ein Grundbedürfnis ist. „Nur wer beweglich ist, kann am Leben teilhaben.“

75 Jahre Grundgesetz

Sachwalter des demokratischen Rechtsstaates

„Eine fast heilige Schrift“ – so nennt der Philosoph Peter Sloterdijk das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Tatsächlich ist es für viele Deutsche lebensbegleitend und -leitend und für manchen ein fast gleichwertiger Ersatz.

„Mit vorbedachtem Pathos haben die Väter und Mütter des Grundgesetzes dieses mit einem eindrucksvollen Katalog der Grundrechte beginnen lassen“, schreibt Sloterdijk und sieht darin die teuer erkaufte Erkenntnis am Werke, „wonach die Achtung vor den Rechten der einzelnen und deren Schutz den vorrangigen Staatszweck bilden müsse“.

Die meisten von uns haben zwar kaum oder keine Erinnerungen an das Jahr 1949, die Arbeit des Parlamentarischen Rates oder auch die Verkündung der neuen Verfassung am 23. Mai. Doch haben wir spätestens mit Aufnahme unserer Berufstätigkeit im öffentlichen Dienst mit dazu beigetragen, dass die Werte, die dieses Grundgesetz herausgestellt hat, sich in unserer Gesellschaft „ausbreiten“ konnten.

Nun haben wir uns zwar keineswegs als Missionare gesehen, sondern eher als Sachwalter des demokratischen Staates und loyale Staatsdiener, die die an Rechtsvorgaben gebundenen Aufgaben zuverlässig erfüllen. So

fiel es dem öffentlichen Dienst auch leichter als anderen Teilen der Gesellschaft, die Herausforderungen nach der Wiedervereinigung zu bestehen. Wir konnten die neuen Kolleginnen und Kollegen, die ihre beruflichen Erfahrungen unter anderen Rechtsbedingungen gemacht hatten, mit den grundgesetzlich vorgegebenen Aufgaben vertraut machen. Diese Integration ist ein Beleg für die besondere Qualität unseres Rechtsstaates und seiner weitsichtig erarbeiteten Grundlage.

Seniorinnen und Senioren des öffentlichen Dienstes wissen aus Erfahrung, wie wirkmächtig die in den ersten Artikeln des Grundgesetzes formulierten Grundrechte sind und was sie für jeden Einzelnen wie für unsere verbandliche Organisation bedeuten. Deshalb haben wir auch mit großer Genugtuung das Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte im Dezember 2023 zur Kenntnis genommen, das die Rechtmäßigkeit des Streikverbots für Beamtinnen und Beamte bestätigte. Denn dieses basiert eben auf den grundgesetzlich garan-

tierten Rechten auf freie Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit, aber auch auf den allgemeinen staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten gemäß den hergebrachten Grundsätzen für das Berufsbeamtentum.

Letztere beinhalten auch die häufig übersehene Möglichkeit der ‚Remonstration‘, der Einwendung gegen eine Weisung. Beamtete Bedienstete sind keine bloßen Befehlsempfänger; sie genießen dieselben Rechte wie jede und jeder andere in unserem Land – weil eben das Grundgesetz für alle gilt. Wir Seniorinnen und Senioren blicken anlässlich des 75. Jubiläums des Grundgesetzes mit Stolz auf die eigene Tätigkeit, die seiner Durchsetzung und seinem Schutz gedient hat, zurück. Verbesserungen und Fortentwicklungen sind ausdrücklich denkbar. Ambitionen aus politisch-populistischen oder opportunistischen Gründen setzt das Grundgesetz glücklicherweise enge Grenzen, was angesichts der aktuellen Entwicklungen, etwa dem aufkeimenden Rechtsradikalismus und dessen

abstrusen Ideen, beruhigen mag.

Der Wortlaut des Grundgesetzes scheint klar und unmissverständlich zu sein, weitsichtig formuliert und selbst für die Bewahrung der natürlichen Umgebung der Menschen auf Nachhaltigkeit ausgerichtet. Doch die Geschichte lehrt die Notwendigkeit, weiterhin mit Nachdruck für seine dauerhafte Gültigkeit einzutreten und den demokratischen Rechtsstaat zu schützen. Demokratie ist fordernd, kräftezehrend und mitunter irritierend. Aber Autokratien und Diktaturen mit ihren „einfachen“ Befehls- und Handlungsstrukturen entpuppen sich als menschenverachtend, zerstörerisch in der Wirkung und stellen deshalb absolut keine Alternative dar.

Die Würde des Menschen ist unantastbar und bindet Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht. Dies als Maxime zu bewahren, ist unser Appell an die Jüngeren in unserem Land.

Horst Günther Klitzing,
Vorsitzender der
dbb bundessenioren-
vertretung

Digitale Teilhabe

Brücke in die digitale Welt

Das Silbernetz-Infotelefon bietet Antworten auf Alltagsfragen in einer digitalisierten Welt.

Wer nicht digital unterwegs ist, hat es inzwischen schwer, Angebote und Hilfe zu finden. Telefon- und Branchenbücher sind abgeschafft, einfach hingehen und nachfragen ist für viele ältere Menschen beschwerlich oder gar unmöglich. Silbernetz e. V. will Abhilfe bieten und schaltet in Zusammenarbeit mit dem Berliner Senat, dem Digital-Zebra des Verbundes der Öffentlichen Bibliotheken Berlins (VÖBB) und dem Seniorennetz Berlin der AWO ab sofort ein kostenfreies Infotelefon.

Elke Schilling, Initiatorin von Silbernetz e. V., freut sich über das neue Angebot: „Ich bin froh, dass Berlin als erstes Bundesland die Bedürfnisse der Älteren in seiner Digitalstrategie berücksichtigt. Mit dem Start unseres Infotelefons wird das Kleeblatt komplett: Infotelefon, Seniorennetz

Berlin und Digital-Zebra bieten niedrigschwellige Unterstützung für Ältere.“

Typische Anliegen am Infotelefon können etwa Fragen zum Umgang mit dem eigenen Smartphone, zu möglicher Unterstützung im Haushalt oder bei der Pflege des Partners oder der Partnerin sein. Aber es gibt auch Hinweise darauf, wie man sich heutzutage einen neuen Personalausweis besorgt, oder auf kostenlose Kulturangebote in Berlin.

Sechs Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen bieten werktags zwischen 9 und 16 Uhr unentgeltlich ein offenes Ohr und beantworten Fragen des Alltags sowie zu digitalen, finanziellen, bürokratischen und gesundheitlichen Themen. Sie vermitteln an kompetente Ansprechpartner bei Ämtern, Organisationen und Bera-

tungsstellen weiter. Silbernetz nutzt dafür neben vielen anderen Quellen auch das Seniorennetz Berlin des AWO Landesverbandes Berlin e. V., ein Internetportal für ältere Menschen, sowie das Digital-Zebra des VÖBB: Menschen mit digitalen Anliegen können dabei einen von etwa 20 Standorten in Berliner Bibliotheken besuchen (aktuell sind bereits sieben in Betrieb) und dort direkt ihr

technisches/digitales Anliegen besprechen, ohne vorher einen Termin zu vereinbaren.

Das Angebot wird von der Berliner Senatskanzlei im Rahmen der SMART-City-Berlin-Strategie finanziert.

„Infotelefon – Digitale Teilhabe Älterer“:
montags bis freitags von 9 bis 16 Uhr und samstags von 9 bis 13 Uhr unter 030.5445330533

> BAGSO-Broschüre

Allen, die kurz vor dem Rentenbeziehungsweise Pensionsalter stehen, sei die Broschüre „**Berufsende in Sicht**“ zur Lektüre empfohlen. Der Eintritt in den sogenannten Ruhestand markiert den Beginn eines neuen Lebensabschnitts. Dieser umfasst heute eine wesentlich längere Lebensspanne als früher. Der Ratgeber der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) gibt Anregungen und Impulse, wie diese Lebensphase bewusst gestaltet werden kann. Er ermutigt, sich frühzeitig mit den eigenen Erwartungen und Unsicherheiten zu beschäftigen und dann in Ruhe aktiv zu werden. Die Broschüre kann bei der BAGSO bestellt oder unter diesem Link als PDF heruntergeladen werden: t1p.de/BAGSO_Berufsende_in_Sicht.

Europawahl

Ich geh' hin!

„Europa eröffnet uns die Möglichkeit, länderübergreifend für die Rechte und Bedürfnisse der älteren Generation einzutreten“, betont Horst Günther Klitzing, Vorsitzender der dbb bundessenorenvertretung.

Am 9. Juni ist Europawahl. Die Europäische Union spielt eine maßgebliche Rolle bei der Sicherung der Lebens-

qualität im Alter. Europa eröffnet uns die Möglichkeit, länderübergreifend für die Rechte und Bedürfnisse der älteren

Generation einzutreten. Eine gerechte soziale Absicherung, eine umfassende Gesundheitsversorgung und ein würde-

volles Altern sollten für jeden möglich sein. Innerhalb der EU haben wir die Chance, diese fundamentalen Werte zu schützen und weiterzuentwickeln. Hier können wir uns gemeinsam für eine solidarische Gesellschaft einsetzen, in der jede Generation respektiert und wertgeschätzt wird. Es ist keine Zeit für Protestwahlen. Es ist Zeit, die Demokratie zu stärken. ■

Europäische Union

Was Sie über die Europawahl 2024 wissen müssen

Was hat sich gegenüber der Wahl 2019 geändert? Welche Bedeutung hat die Wahl? Und worin unterscheiden sich Europäischer Rat und Rat der Europäischen Union? Ein Überblick.

► Was wird gewählt?

Mit ihrer Stimme entscheiden die Wählerinnen und Wähler über die Zusammensetzung des Europaparlaments, das im französischen Straßburg, mitunter aber auch in Brüssel tagt.

Aktuell hat das Europaparlament 705 Abgeordnete. Um die Bevölkerungsentwicklung in den Mitgliedstaaten besser abzubilden, soll die Zahl der Abgeordneten auf 720 steigen. Jedem Mitgliedstaat steht, abhängig von der Bevölkerungszahl, eine bestimmte Zahl an Abgeordneten zu. Deutschland hat, wie schon 2019, Anspruch auf 96 Abgeordnete. Zum Vergleich: Der Bundestag zählt 735 Abgeordnete.

► Wie wird gewählt?

Die Europawahl findet EU-weit zwischen dem 6. und 9. Juni 2024 und in Deutschland am Sonntag, dem 9. Juni 2024, statt.

Anders als bei Bundestagswahlen haben Wählerinnen und Wähler nicht zwei, sondern nur eine Stimme, die sie an die Liste einer Partei vergeben können. Die im Mitgliedstaat

jeweils verfügbaren Plätze für das Europaparlament werden nach dem Verhältniswahlssystem vergeben. Je mehr Stimmen eine Partei bekommt, desto mehr Abgeordnete kann sie nach Straßburg entsenden. Wer weiter oben auf der Liste steht, hat bessere Aussichten auf ein Mandat. Die Reihenfolge der Kandidaten auf der Liste wird von der jeweiligen Partei bestimmt.

Im Gegensatz zu anderen EU-Mitgliedstaaten gilt in Deutschland aktuell keine Sperrklausel. Bis 2014 lag diese bei drei Prozent – das Bundesverfassungsgericht hatte sie mit Verweis auf die Chancengleichheit der Parteien für verfassungswidrig erklärt. Ein EU-Ratsbeschluss von 2018 sieht jedoch vor, dass alle Mitgliedstaaten eine Sperrklausel von zwischen zwei und fünf Prozent einführen. Nach Angaben der Bundesregierung soll dies bis zur Europawahl 2029 geschehen.

► Wer hat die Wahl?

Wahlberechtigt sind Staatsbürger der EU-Mitgliedstaaten. Laut Statistischem Bundesamt gibt es in Deutschland 64,9 Millionen Wahlberechtigte. Anders als bei der vergan-

genen Europawahl 2019 dürfen in Deutschland nun auch Minderjährige ab 16 Jahren wählen. Das hat der Bundestag im November 2022 beschlossen. Auch in Belgien, Malta und Österreich wählen bereits 16-Jährige, in Griechenland darf ab 17 gewählt werden. In den übrigen EU-Mitgliedstaaten gilt für die Europawahl das Wahlalter 18.

► Welches EU-Gremium macht was?

Das **Europaparlament** setzt sich aus nationalen Abgeordneten zusammen. Als Teil der Legislative ist es für die Gesetzgebung zuständig. Es hat jedoch kein Initiativrecht, kann also nicht selbstständig Gesetze einbringen, sondern lediglich über sie abstimmen. Weitere zentrale Funktionen sind die Verabschiedung des Haushalts, die politische Kontrolle anderer EU-Gremien und die Wahl des Kommissionspräsidenten.

Der **Rat der Europäischen Union**, auch Ministerrat genannt, ist der zweite Teil der Legislative, entspricht also etwa dem Deutschen Bundesrat, und ebenfalls mit Gesetzgebung und Haushalt be-

fasst. Es gibt keine festen Mitglieder, vielmehr richtet sich die Teilnahme nach den Themen auf der Tagesordnung. Geht es um Außenpolitik, tagen die Außenminister der EU-Mitgliedstaaten, geht es um Inneres, die Innenminister und so weiter. Die Ratspräsidentschaft wechselt alle sechs Monate. Aktuell, vom 1. Januar bis 30. Juni 2024, ist Belgien am Zug.

Der **Europäische Rat** wird gerne mit dem Rat der Europäischen Union verwechselt, ist aber das Gremium, in dem sich die Regierungsspitzen der Mitgliedstaaten austauschen. Insbesondere geht es darum, Leitlinien für die europäische Zusammenarbeit abzustimmen und bei strittigen Fragen Kompromisse zu erarbeiten.

Die **Europäische Kommission** entspricht, vereinfacht gesagt, der Regierung der Europäischen Union. Sie setzt sich aus den EU-Kommissaren zusammen, die sich wie Minister um verschiedene Fachbereiche kümmern. Jeder Mitgliedstaat stellt eine Kommissarin beziehungsweise einen Kommissar. Aktuell ist die CDU-Politikerin Ursula von der Leyen Kommissionspräsidentin. Das Amt ist mit dem eines Regierungschefs auf nationaler Ebene vergleichbar. ■